

Liebe Leserinnen und Leser,

EU-Kommission und Bundesregierung verfolgen inzwischen eine Doppelstrategie: Beide halten am Ziel einer umfassenden Finanztransaktionssteuer fest. Weil darüber aber EU-weit keine Einigkeit herrscht, soll nun im ersten Schritt eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Aber auch dies scheint nur auf teileuropäischer Ebene realisierbar - Großbritannien nimmt an den entsprechenden Verhandlungen noch nicht einmal teil.

Damit droht die EU-weite Finanztransaktionssteuer auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben zu werden. Die teileuropäische Finanztransaktionssteuer hat aber durchaus Realisierungschancen. Dabei bleibt unklar, inwieweit sie Federn lassen wird - etwa bei der Besteuerung von Derivaten. Mit genügend Druck aus der Bevölkerung könnte es immer noch ein akzeptables Ergebnis geben.

In Deutschland wird die NRW-Wahl die Kräfteverhältnisse verändern. Im Kampf gegen den Untergang hatte sich die FDP gezielt als Schutzpatron der Spekulanten profiliert. In Schleswig-Holstein grenzte sich FDP-Spitzenkandidat Kubicki jedoch explizit und offenbar erfolgreich von der Parteilinie ab. Fliegt nun die FDP in NRW aus dem Landtag, wäre die Parteiführung endgültig delegitimiert. Zieht sie wieder ein, dürfte ihr destruktiver Einfluss wieder steigen.

Nach der Präsidentschaftswahl dürfte der neue französische Präsident Hollande bald neue Impulse für die Debatte bringen. Seine Amtszeit begann aus Sicht der Kampagne vielversprechend, wie diese [Bilder](#) beweisen...

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Kompromissvorschlag zu einer abgespeckten Finanztransaktionssteuer
- Technische Arbeiten an der EU-Richtlinie
- Änderungsvorschläge im ECON-Ausschuss
- Kleine Anfrage zur Ausgestaltung einer Finanztransaktionssteuer
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

28. April: Die neue [saarländische](#) Regierung will Bundesratsinitiativen für eine Finanztransaktionssteuer unterstützen.

26. April: Der Derivateverband [DDV](#) lobbyiert mit einer Studie gegen die Finanztransaktionssteuer.

24. April: Die [Bundesregierung](#) sieht bei einer Finanztransaktionssteuer nur geringe Abwanderungsgefahren.

24. April: Der hessische [FDP-Vorsitzende](#) Hahn wettert gegen die Finanztransaktionssteuer.

16. April: Finanzminister [Schäuble](#) rechnet fest mit einer Steuer auf spekulative Börsengeschäfte.

8. April: Der schleswig-holsteinische FDP-Vorsitzende [Kubicki](#) kritisiert die Haltung seiner Partei: "Es ist doch Unsinn zu behaupten, die Finanztransaktionssteuer sei in 27 EU-Staaten sinnvoll, allein in 17

Euro-Staaten aber nicht".

3. April: Im Rahmen der Debatte um eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer räumt [Finanzminister Schäuble](#) ein: "Allein die Umsätze mit Aktien zu besteuern ist angesichts der Entwicklungen an modernen Börsen mit Derivategeschäften nicht besonders zielführend".

1. April: Die [SPD](#) knüpft die Zustimmung zum Fiskalvertrag nicht mehr an die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Entwicklungen im Ausland:

30. April: Der Favorit der französischen Präsidentschaftswahl, [Francois Hollande](#), will die Finanztransaktionssteuer zum Bestandteil eines europäischen Wachstumspakt machen.

29. April: Der [Erzbischof von Edinburgh](#) und Vorsitzende der britischen Bischofskonferenz, Kardinal O'Brien, fordert eine Finanztransaktionssteuer und kritisiert den britischen Premier David Cameron: "Schützen Sie nicht nur Ihre reichen Kollegen in der Finanzbranche - sondern erinnern Sie sich an die moralische Verpflichtung, den Armen in unserem Land zu helfen".

26. April: Luxemburgs Finanzminister [Luc Frieden](#) fallen zur Finanztransaktionssteuer nur konfuse Sätze ein.

25. April: [Irland](#) wäre bei einer teileuropäischen Finanztransaktionssteuer nicht mit dabei.

25. April: Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung ([ECON](#)) des Europaparlaments unterstützt die Finanztransaktionssteuer mit großer Mehrheit.

25. April: EZB-Präsident [Draghi](#) warnt vor Auswirkungen einer Finanztransaktionssteuer.

24. April: Die [EU-Kommission](#) hält eine Ausnahme von Pensionsfonds von der Finanztransaktionssteuer nicht für angemessen.

20. April: Supachai Panitchpakdi, Generalsekretär der [UNCTAD](#), wirbt für eine Finanztransaktionssteuer zur Finanzierung von Entwicklung.

19. April: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) appelliert an die Wähler, den Druck für die Finanztransaktionssteuer aufrecht zu erhalten.

18. April: EU-Steuerkommissar [Algirdas Semeta](#) hält an allgemeinen Finanztransaktionssteuer fest. Als erster Schritt könne aber eine abgespeckte Steuer eingeführt werden, die allerdings auch Derivate umfassen solle.

13. April: [Taiwan](#) will ab 2013 eine neue Finanztransaktionssteuer einführen.

13. April: [Ungarn](#) will eine nationale Finanztransaktionssteuer einführen, die schon ab 2013 in Kraft treten könnte.

10. April: EU-Haushaltskommissar [Janusz Lewandowski](#) kommentiert zur Finanztransaktionssteuer: "Was an dieser Idee schlecht sein sollte, kann ich wirklich nicht erkennen."

10. April: Österreichs Finanzstaatssekretär [Schieder](#) will an der Finanztransaktionssteuer festhalten - und ohne die Steuer notfalls ein Veto gegen EU-Beitragserhöhungen einlegen.

9. April: Die Regierung von [Malta](#) spricht sich gegen eine Finanztransaktionssteuer aus.

1. April: Die [Briten](#) wollen auch keine abgespeckte Finanztransaktionssteuer, nicht einmal nach Muster der britischen Stempelsteuer. Sie beteiligen sich - anders als die bisher skeptischen Schweden - auch nicht an einer Arbeitsgruppe zur Kompromissuche.

1. April: Die [EU-Finanzminister](#) debattieren in Kopenhagen über eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer.

Kompromissvorschlag zu einer abgespeckten Finanztransaktionssteuer

Nach dem Dissens beim Ecofin am 13. März begann die Bundesregierung, beim informellen Treffen der EU-Finanzminister am 31. März und 1. April einen Kompromiss zu suchen. In einem dazu vorgelegten Arbeitspapier beteuert die Bundesregierung, dass sie am Ziel einer allgemeinen Finanztransaktionssteuer festhalte. Jedoch gäbe es bei einigen Mitgliedstaaten noch Skepsis und bei technischen Fragen, etwa der Besteuerung von Derivaten und der Begrenzung von Steuervermeidung, wäre noch weitere Arbeit vonnöten. Deswegen sei in absehbarer Zeit mit keiner Einigung zu rechnen. Die Bundesregierung schlage deswegen als Zwischenschritt eine abgespeckte Finanztransaktionssteuer nach Muster der britischen Stempelsteuer oder der kürzlich verabschiedeten französischen Steuer vor. Diese Steuer würde Transaktionen mit Aktien von inländischen Unternehmen umfassen. Die Steuerbasis könne später um Anleihen und Derivate erweitert werden.

Die Briten erteilten auch diesem Vorschlag, obwohl sie eine solche Steuer bereits haben, eine klare Absage. Der Grund ist eine generelle Abneigung gegenüber jedweder europäischen Steuer. An einer Kompromissuche im Rahmen einer Arbeitsgruppe beteiligen sie sich gar nicht erst. Damit ist die Option einer EU-weiten Steuer auf Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners vom Tisch. Die bisher abgeneigten Schweden können sich dagegen mit einer abgespeckten Variante anscheinend deutlich besser arrangieren.

Bei einer Einführung im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit von mindestens neun EU-Staaten entfielen die Notwendigkeit, sich von Steuer- und Regulierungsverweigerern auf einen Minimalkompromiss herunterhandeln lassen zu müssen. Die offiziellen Verhandlungen dazu können aber erst dann beginnen, wenn der Richtlinienentwurf der Kommission vom Ecofin formal abgelehnt wurde: die Verstärkte Zusammenarbeit ist ein formal geregeltes Verfahren, das erst als "letztes Mittel" in Frage kommt. Die mit der Kompromissuche beauftragte informelle Arbeitsgruppe wird jedoch weiter tagen - und dabei wichtige Pflöcke einschlagen.

Technische Arbeiten an der EU-Richtlinie

Die Arbeiten an der EU-Richtlinie werden neben der Arbeit an einem verwässerten Entwurf dennoch weitergeführt. Die dänische Ratspräsidentschaft hat in einem Papier kontroverse technische Aspekte aufgelistet und dazu auch alternative Vorschläge festgehalten.

Es geht dabei um folgende Punkte:

1. Steuerbasis (Ansässigkeitsprinzip, d.h. Besteuerung nach Sitzland der Transaktionsparteien;

Ausgabeprinzip, d.h. Besteuerung nach Ausgabeland des Finanzinstruments; eine Kombination beider Prinzipien)

2. Wie lässt sich die Steuervermeidung mit Hilfe von ausgelagerten Tochterunternehmen einhegen?
3. Besteuerung von Derivaten (nach bisherigem Stand; nach Muster der französischen FTS auf ganz wenige Derivate bezogen; Besteuerung nach ökonomischem Wert; vorerst keine Besteuerung)
4. Besteuerung von Staatsanleihen
5. Bewertungsverfahren für bestimmte Finanzvermögen
6. Besteuerung von Hypotheken und anderen Immobilienwertpapieren
7. Ausnahme von Nicht-Finanzinstituten
8. Ausnahmen für Pensionsfonds
9. Reihenfolge der Kriterien für die Ansässigkeit (da das mit diesen bestimmte Land die Steuereinnahmen erhält)
10. Umsetzung der gemeinsamen steuerschuldnerischen Haftung
11. Steuersätze (nach bisherigem Stand; andere Bemessungsgrundlage bei Derivaten; Besteuerung nur einer der Transaktionsparteien; Nur-Einmal-Besteuerung bei Transaktionsketten)
12. Steuerbeitreibung
13. Fristen zur Steuerbegleichung

Die damit befasste Arbeitsgruppe traf sich bereits am 26. April und 4. Mai. Einige dieser technischen Aspekte haben große politische Bedeutung (z.B. der Umgang mit Derivaten oder die Wahl der Steuerbasis). Die Besteuerung von Devisentransaktionen findet sich leider nicht auf der Liste.

Der Ecofin am 15. Mai wird sich voraussichtlich nicht mit den Steuerplänen befassen. Beim 22. Juni soll er jedoch über die Richtlinie entscheiden. Eine Ablehnung (für die Annahme wäre Einstimmigkeit erforderlich) würde den Weg für eine teileuropäische Einführung im Rahmen einer Verstärkten Zusammenarbeit freimachen. Dazu wäre dann allerdings noch eine formale Ermächtigung notwendig. Die Staaten müssten nach der Ablehnung im Ecofin einen Antrag bei der Kommission einreichen, dem dann Europa-Parlament und Rat zustimmen müssten.

Änderungsvorschläge im ECON-Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) des Europaparlaments hat am 25. April über insgesamt 179 Änderungsanträgen zum Richtlinienentwurf abgestimmt.

Insgesamt sprach sich der Ausschuss mit großer Mehrheit für die Steuerpläne aus und forderte eine Ausdehnung der Steuer auch auf alle Transaktionen mit Wertpapieren, die in der EU emittiert wurden.

Die Änderungsvorschläge geben ein gutes Bild sowohl von der allgemeinen Einstellung gegenüber der Steuer als auch zu einzelnen kontroversen Aspekten. Einige der Vorschläge waren erkennbar im Sinne unsere Kampagne:

Vorschläge von Pascal Canfin (Grüne), Miguel Portas / Jürgen Klute (GUE/NGL), Ani Podimata und Arlene McCarthy (Sozialdemokraten) zielen auf die Verwendung der Einnahmen im Sinne der Kampagne. Mehrere Anträge zielten auf die Kombination des Ansässigkeitsprinzip mit dem Ausgabeprinzip (d.h. der Besteuerung aller Transaktionen, wenn entweder eine Transaktionspartei in der EU ansässig ist oder das Finanzinstrument in der EU emittiert wurde). Vorschläge von Sylvie Goulard (ALDE) und Pascal Canfin (Grüne) zielen auf eine zügigere Einführung der Steuer im ggfs. kleineren Rahmen. Drei Änderungsanträge beantragten, Devisentransaktionen zu betuern. Othmar Karas (EVP) zielte auf die höhere Besteuerung von OTC-Geschäften.

Die endgültige Entscheidung fällt allerdings erst Ende Mai im Plenum des Europaparlaments. Dieses

kann bei Steuerfragen allerdings nur Stellungnahmen ohne bindende Wirkung abgeben.

Bericht im Handelsblatt:

<http://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-parlament-ausschuss-billigt-die-finanztransaktionssteuer/6556366.html>

Pressemitteilung von Sven Giegold (Grüne) mit Link zu den Änderungsanträgen:

<http://www.sven-giegold.de/2012/finanztransaktionssteuer-parlament-fordert-regierungen-zur-eile-und-zur-bekampfung-von-steuerungsmoeglichkeiten-auf/>

Kleine Anfrage zur "Ausgestaltung einer Finanztransaktionssteuer"

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat eine Kleine Anfrage zur "Ausgestaltung einer Finanztransaktionssteuer" gestellt. Der Antwort der Bundesregierung zufolge sieht diese die komplette Abwanderung von Finanzinstituten als Reaktion auf die Steuer als unwahrscheinlich an und sieht auch keine Parallelen zur gescheiterten früheren schwedischen Börsenumsatzsteuer. Fragen zur Umsetzung der britischen Stempelsteuer - etwa zum potentiellen Aufkommen oder zur Verknüpfung der Rechtsgültigkeit der Transaktion an die Steuerzahlung - werden nicht beantwortet.

Die Bundesregierung hat auch keine vom Kommissionsstandpunkt abweichende Position zur Besteuerbarkeit von der Devisentransaktionen, die nach derzeitigem Stand unbesteuert blieben. Änderungsbedarf sieht sie u.a. bei der Bemessungsgrundlage und den Steuersätzen bei Derivaten.

Zur Antwort auf die kleine Anfrage:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/093/1709319.pdf>

Kampagnenaktivitäten

Traumhochzeit von Merkollande am 7. Mai

"Am Tag nach seiner Wahl zum neuen Präsident der französischen Republik kam Francois Hollande schnurstracks nach Berlin, um seine neue Traumpartnerin bei der Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer, Angela Merkel, zu ehelichen. Robin Hood war Zeuge der Entschlossenheit beider Partner, wenngleich Angie noch etwas skeptisch schaute. Nach der Trauung brach das Brautpaar zu den Botschaften von Spanien, Italien und Dänemark auf, um die Regierungen dieser zögerlichen Staaten zu mehr Engagement bei der Einführung der Steuer zu ermuntern."

Mehrere Dutzende Medien im In- und Ausland, darunter das Handelsblatt, Spiegel International und der britische Telegraph, berichteten von der Aktion unserer Kampagne.

Fotos der Aktion unter:

<http://www.steuer-gegen-armut.org/multimedia/galerien/traumhochzeit-von-merkollande-752012.html>

Sandsackwall am 17. Juni um die Frankfurter Börse: Sandsack spenden, mitmachen!

Ende Juni werden die EU-Finanzminister um die Finanztransaktionssteuer ringen. Campact plant mit anderen Mitgliedsorganisationen der Kampagne eine spektakuläre Aktion: Mit einem Wall aus tausenden Sandsäcken vor der Frankfurter Börse soll 17. Juni, dem Sonntag vor dem entscheidenden Ecofin-Gipfel, die Spekulation symbolisch eingedämmt werden. Jeder Sack steht für einen Menschen, der sich für die Finanztransaktionssteuer stark macht.

Um den Damm zu errichten, brauchen wir rund 200 Menschen. Helfen Sie uns beim Dammbau: Lassen Sie mit einer Sandsack-Spende den Damm wachsen! Und kommen Sie am Sonntag, den 17. Juni zur Aktion nach Frankfurt!

Mehr Infos:

<https://www.campact.de/finanzkrise/damm/sandsack>

Internationaler Tag der Mutter Erde: Karikatur von Bernhard Koch

Im Rahmen unserer Reihe "Malen fürs Zahlen" veröffentlichen wir dieses Jahr exklusiv zu bestimmten Welttagen Karikaturen.

Am 22. April war internationaler Tag der Mutter Erde. Die entsprechende Karikatur von Bernhard Koch finden Sie unter:

<http://www.steuer-gegen-armut.org/mitmachen/malen-fuers-zahlen.html>

Pressemitteilungen

1. April: Finanztransaktionssteuer jetzt endlich einführen! Verstärkte Zusammenarbeit ist geeigneter Rechtsrahmen dafür

Nach dem informellen Ecofin ist klar: Die Briten werden einer europäisierten Stempelsteuer auch nicht zustimmen. Deswegen ist nun der Weg der verstärkten Zusammenarbeit geboten.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.